

Holger Alich
Zürich

Die Affäre begann am 23. Dezember um genau 18.01 Uhr. Zu diesem Zeitpunkt unterbrach die Medienstelle der Schweizerischen Nationalbank (SNB) die vorweihnachtliche Ruhe mit einer eigenartigen Pressemitteilung unter der Überschrift: „Gerüchte gegen den Präsidenten des Direktoriums erweisen sich als haltlos.“ SNB-Chef Philipp Hildebrand sei am 15. Dezember über „Gerüchte aus unbekannter Quelle“ informiert worden, denen zufolge er im Umfeld der Einführung des Franken-Euro-Mindestkurses Insidergeschäfte getätigt habe. Der Bankrat, das Aufsichtsgremium der SNB, habe sich daraufhin Hildebrands Privatfinanzen angeschaut und dabei auffällige Transaktionen gefunden, wie einen Dollar-Kauf von Hildebrands Frau Kashya vom 15. August. Doch die Deals seien regelkonform gewesen, schrieb die SNB. Mit diesem kryptischen Kommuniqué trat die Notenbank die ganze Affäre erst los. Denn niemand hatte bis dato den ungeheuerlichen Vorwurf des Insiderhandels gegen Hildebrand erhoben.

Es dauerte dann bis zum Jahreswechsel, bis die Sonntagspresse neue Details veröffentlichte. Anfang Januar brachten die „NZZ am Sonntag“ und die „Sonntagszeitung“ den Scoop, dass der Schweizer Rechtspopulist Christoph Blocher seine Hände im Spiel hatte. Er habe von einem IT-Mitarbeiter der Bank Sarasin, wo das Ehepaar Hildebrand sein Privatkonto habe, gestohlene Bankdaten über verdächtige Kontobewegungen bekommen. Damit sei er zur damaligen Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey gegangen, die eine Untersuchung einleitete.

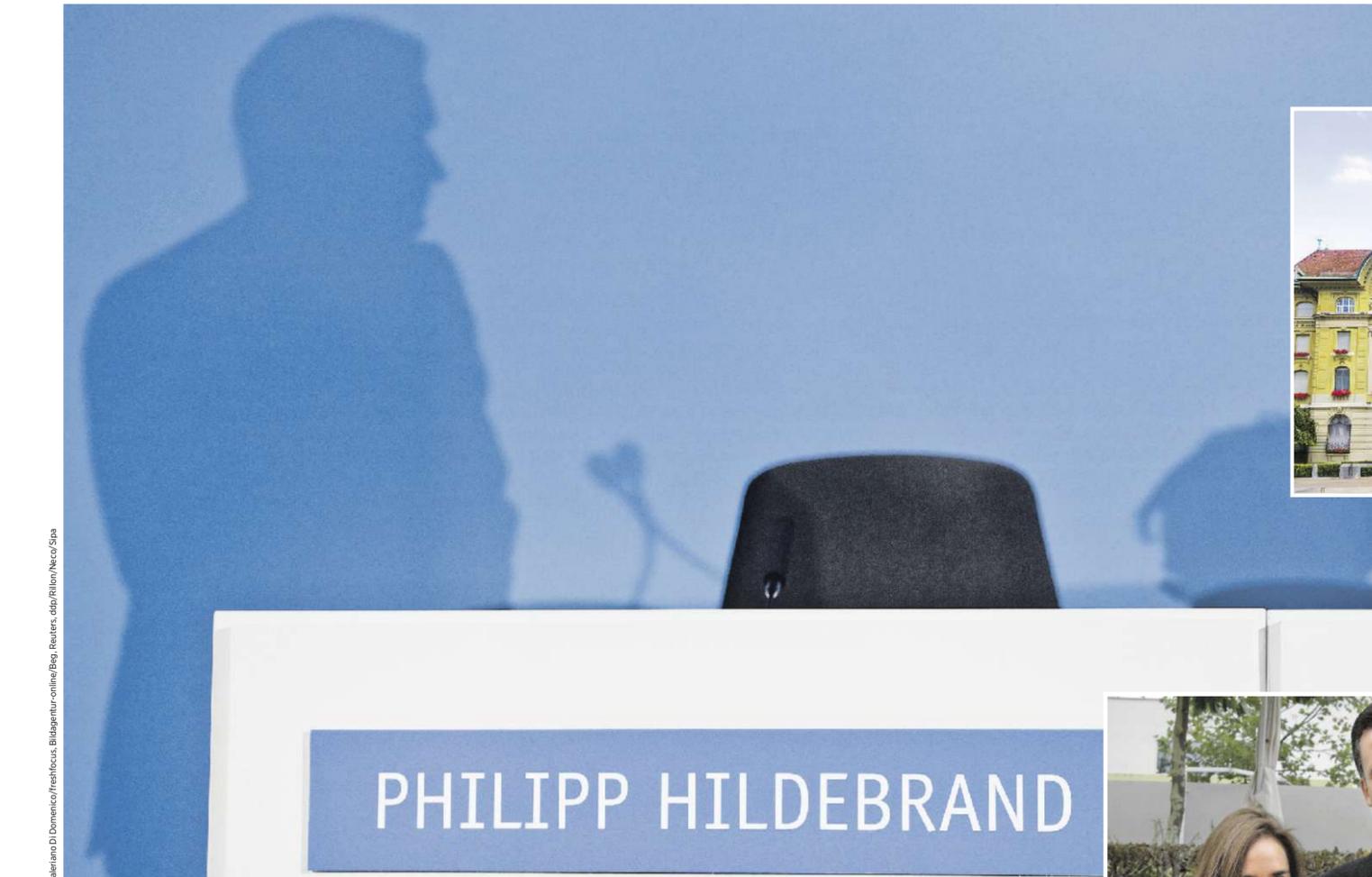
Die Affäre bekommt damit einen politischen Charakter. Denn Blocher und einem Teil seiner national-konservativen SVP ist der smarte SNB-Präsident schon lange ein Dorn im Auge. Pikant dabei ist, dass Blocher dafür den Bruch des Schweizer Bankgeheimnisses hinnimmt - obwohl sich die Partei gerne als dessen glühendster Verteidiger geriert. „Jetzt ist die Zeit zu schweigen“, sagt Blocher nur zu seiner Rolle.

In den Berichten sickerten indes auch erste Details durch, auf welche Transaktionen sich der Insidervorwurf stützt. So wurde bekannt, dass Hildebrands Frau Kashya am 15. August 2011 Dollar im Wert von 400 000 Franken erworben hatte - drei Wochen, bevor ihr Mann mit der Festlegung der Franken-Euro-Untergrenze auch den Dollar-Kurs steigen lässt. Die Transaktion brachte 75 000 Franken Gewinn. Kashya Hildebrand wollte ihrem Mann zur Hilfe eilen, doch die ehemalige Devisenexpertin machte alles nur noch schlimmer: Sie habe sich bei dem Dollar-Kauf „wohlgefühlt“, sagte sie, denn der sei schließlich „fast lächerlich billig“ gewesen.

Am 4. Januar legte dann die „Weltwoche“ nach. Nicht Hildebrands Frau, sondern der SNB-Präsident selbst habe die Dollar-Transaktion in Auftrag gegeben. „Philipp Hildebrand betreibt Insidergeschäfte“, titelte das Blatt und nannte seine Quelle „Deep Throat II“, in Anspielung auf den Watergate-Skandal. Und „Deep Throat II“ sei kein Geringerer als Hildebrands Kundenberater. Einen Beleg für die Behauptung bleibt das Blatt schuldig.

Erst nach dieser Veröffentlichung reagierte die Schweizerische Notenbank. Sie veröffentlichte sowohl ihr bis dato geheimgehaltenes Reglement zu Eigengeschäften der SNB-Spitze als auch den Prüfbericht von Pricewaterhouse Coopers (PwC), dem zufolge die umstrittenen Transaktionen regelkonform waren.

Doch die Kommunikation mit Salamatik verfehlte ihr Ziel, weil der Prüfbericht neue Fragen aufwarf. Dreimal handelten die Hildebrands demnach im Jahr 2011 mit Dollar im großen Stil. Am 10. März kauften sie für 1,1 Millionen Franken Dollar, nachdem sie ihr Ferienhaus verkauft hatten. Am 15. August folgte



Valentino Di Domenico/Photo.com, Bildagentur-online/Beig/Reuters, ddp/Blitz/Necco/Sipa

Zweifelhafte Privatgeschäfte

Einen Tag vor Heiligabend brachte die Schweizerische Nationalbank die Affäre um Devisengeschäfte ihres Präsidenten Philipp Hildebrand ins Rollen. Der Notenbanker verstrickte sich in Widersprüche und zog mit seinem Rücktritt schließlich die Konsequenz - beteuert jedoch seine Unschuld.

dann der umstrittene Dollar-Kauf über 400 000 Franken, der laut Hildebrand ohne sein Wissen von seiner Frau getätigt wurde. „Für diese Aussage stehe ich mit meinem Ehrenwort ein“, sagte er dazu gestern. Am 4. Oktober verkaufte das Ehepaar dann wieder 516 000 Dollar, um sich Geld für den Kauf einer neuen Ferienwohnung zu beschaffen.

Das soll alles regelkonform gewesen sein? Die PwC-Prüfer selbst haben auch Zweifel; laut ihrem Bericht halten sie die August-Transaktion für „heikel.“ Letztlich winkten sie das Geschäft aber doch durch. Hildebrand kämpfte um seinen guten Ruf und äußerte sich am vergangenen Donnerstag zum ersten Mal selbst zu der Affäre: „Ich habe mich zu jedem Zeitpunkt nicht nur reglementskonform, sondern auch korrekt verhalten“, beteuerte er und beharrte auf seiner Version der Dinge: Nicht er, sondern seine Frau habe den umstrittenen Dollar-Kauf am 15. August veranlasst.

Wie es denn möglich sei, dass seine Frau für 400 000 Franken Devisengeschäfte über

sein Konto tätigen könne, ohne dass er davon etwas erfahre, wollte ein Journalist wissen. „Sie hat halt einen starken Charakter“, antwortete Hildebrand und erntete Gelächter.

Um seine Version zu stützen, ließ Hildebrand nun den Schriftverkehr mit dem Bankberater Felix S. ins Netz stellen. Doch die Dokumente nährten erneut Zweifel. Denn in einer Kundennotiz vom 15. August schreibt der Berater, dass Hildebrand ihn selbst angewiesen habe, eine „Erhöhung des Dollar-Anteils“ zu erwägen. „Aber er würde es seiner Frau Kashya überlassen, darüber zu entscheiden.“ Tatsächlich erteilte Kashya Hildebrand die umstrittene Order per Mail dann um 13.20 Uhr. „Wie besprochen würden wir gerne unser Dollar-Exposure auf 50 Prozent erhöhen.“ Sie schrieb im Plural, sie wählte ihren Mann also informiert.

Wie es in SNB-Kreisen heißt, sind es diese Dokumente, die entgegen der offiziellen Lesart die Unterstützung der SNB-Aufseher für Hildebrand bröckeln ließen.

Daran ändert auch nichts, dass der Mailverkehr auch das Schreiben Hildebrands an seinen Berater vom 16. August enthält: Darin weist Hildebrand den Sarasin-Mitarbeiter an, dass aus „Compliance-Gründen“ künftig nur er selbst Devisentransaktionen beauftragen dürfe. Aber der Notenbankchef unterließ es, die umstrittene Transaktion zu annullieren. „Ein Fehler“, wie er am Donnerstag einräumte. Die Frage war daher nur noch: Ist ein Notenbankchef noch tragbar, über dessen Konto in geldpolitisch heiklen Zeiten sechsstellige Devisentransaktionen laufen?

Gestern antwortete Hildebrand mit seinem Rücktritt: „Es ist für mich unmöglich, einen abschließenden Beweis dafür zu bringen, dass die Dinge so waren, wie ich es sage.“ Und ein Zentralbankchef, der nicht uneingeschränkt glaubwürdig sei, sei nicht vollständig handlungsfähig. Vorbei ist die Affäre mit Hildebrands Rücktritt nicht: Nach einer Verschnaufpause will er mit seinem Anwalt über juristische Schritte beraten.



Ende einer Devisen-Affäre: Die Schweizer Nationalbank (im Bild oben der Sitz in Bern) muss einen neuen Chef suchen, der Stuhl von Philipp Hildebrand bleibt künftig leer. Der Zurückgetretene beteuert aber, von den Devisengeschäften seiner Frau Kashya (Foto unten) nichts gewusst zu haben.



Notenbanker: Beispiellose Macht in der Euro-Schuldenkrise

Notenbanker galten bisher als äußerst integer und vertrauenswürdig. Doch die Affäre um die einträglichen privaten Dollar-Geschäfte des Chefs der Schweizer Nationalbank, Philipp Hildebrand, und seiner Frau hat das öffentliche Ansehen des Berufsstandes schwer beschädigt: „Um das Vertrauen in die Notenbanker zu erhalten, ist es sehr, sehr wichtig, dass deren private Geschäfte künftig besser kontrolliert werden“, sagt Daniel Gros, Direktor am Brüsseler Center for European Policy Studies.

Paul De Grauwe, renommierter Geldpolitik-Professor an der Universität Leuven, geht noch weiter: „Die Affäre zeigt, wie wichtig es ist, jedem, der Macht hat, mit gesundem Misstrauen zu begegnen.“ Weil die Notenbanken derzeit die mächtigsten Institutionen in Europa seien, müsse ihre Unabhängigkeit dringend mit mehr demokratischer Kontrolle und größerem Rechtfertigungszwang verbunden werden als bisher.

Tatsächlich haben die Chefs der großen Notenbanken ein fast unvergleichliches Ausmaß an Gestaltungsmacht. In der Geldpolitik darf ihnen niemand hineinreden - selbst wenn Geldpolitik in Krisenzeiten nicht mehr nur die Festlegung eines Zinssatzes mit dem klar

umrissenen Ziel der Preisstabilisierung ist, sondern auch beinhaltet, dass Banken wie derzeit fast zum Nullzins mit mittelfristigen Krediten von der Europäischen Zentralbank (EZB) finanziert werden. Solche Entscheidungen - oder auch Entscheidungen darüber, welche Sicherheiten die EZB akzeptiert - können milliardenschwere staatliche Rettungsprogramme für die Banken oder gar Staatspleiten auslösen oder verhindern. Ganz zu schweigen von der Entscheidung, die Staatsanleihen eines Landes aufzukaufen oder nicht: „Hier gibt es Interessenkonflikte, bei denen man sich nicht naiv darauf verlassen darf, dass die Notenbanker sie im allgemeinen Interesse lösen werden“, sagt De Grauwe. „Wer prüft, ob die Notenbanken das Interesse der Banken über das Gemeinwohl stellen?“

Obwohl sie bei der Sicherung der Finanzstabilität, für die sie zuständig sind, versagt haben, sind die Notenbanker im Zuge der Krise noch mächtiger geworden. Wo die Politiker in der jüngsten Vergangenheit das Vertrauen der Bevölkerung verloren haben, wie in Griechenland und Italien, wurde mit Lucas Papademos ein ehemaliger EZB-Vizechef und mit Mario Monti ein weiterer ökonomischer „Technokrat“ als Regierungschef installiert. Ohne die Zustimmung und Mitwirkung von Europäischer Zentralbank und Bundesbank geht bei der Bewältigung der europäischen Schuldenkrise gar nichts mehr.

„Die Affäre zeigt, dass man jedem, der Macht hat, mit Misstrauen begegnen sollte.“ Paul De Grauwe Ökonomieprofessor

Daneben haben die Kollegen Hildebrands regelmäßig die wichtigsten Rollen in formellen, halb-formellen und informellen internationalen Gremien, in denen hinter den Kulissen

Affäre Hildebrand: Eklatante Schwächen im Verhaltenskodex

Mit der Affäre um die Devisenkäufe des Ehepaars Hildebrand ist nicht nur der Präsident der Schweizerischen Nationalbank (SNB) in die Kritik geraten. Auch das interne Reglement über Eigengeschäfte der Direktoriumsmitglieder steht plötzlich im Zentrum des Interesses. Das lange unter Verschluss gehaltene Dokument enthält viele Lücken und soll nun reformiert werden. Denn sowohl die Wirtschaftsprüfer von PwC als auch die Prüfer der eidgenössischen Finanzkontrolle hatten auf der Basis des Regelwerks die umstrittenen Devisenkäufe der Hildebrands gebilligt. „Das Reglement der SNB über Eigengeschäfte entspricht dem europäischen Standard“, hatte auch Hildebrand noch vergangene Woche erklärt.

Heute sieht er das anders. Die Affäre habe geholfen, „Schwächen im Reglement zu erkennen“. Namhafte Juristen und Compliance-Experten legen strengere Maßstäbe an. Peter Viktor Kunz, Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Bern, meint: „Das Reglement der SNB ist juristische Laienarbeit.“ Auch Monika Roth, Professorin für Compliance und Finanzmarktrecht an der Hochschule Luzern, sagt: „Bei der Nationalbank geht es im Grunde täglich um Währungsfragen, und trotzdem sind solche Devisendeals zulässig. Ein Coop-Mitarbeiter und seine Familienangehörigen hingegen dürfen selber nicht an einem Wettbewerb von Coop teilnehmen.“ Jeder Supermarkt also hat bessere Compliance-Regeln als die Schweizerische Nationalbank.

Klar ist, dass die Hildebrands mit ihren Devisendeals gegen die Vorschriften der Europäischen Zentralbank verstoßen hätten. Denn anders als bei der SNB gilt der Kodex für die EZB-Ratsmitglieder auch für deren Familienangehörige. Das regelt Punkt 4.1 mit der Überschrift „Interessenkonflikte“. Dort heißt es: „Private und persönliche Interessen umfassen jeden möglichen Vorteil für sich selbst, ihre Familien, sonstigen Verwandten oder ihren Freundes- und Bekanntenkreis.“

Und natürlich gelten auch für die sechs Mitglieder des EZB-Direktoriums jene Regeln, die in Sachen Insiderproblematik auch für die übrigen EZB-Mitarbeiter gelten: Danach dürfen Beschäftigte der Zentralbank, die Insiderinformationen über die Geld- oder Wechselkurspolitik der EZB haben, bestimmte Finanzanlagegeschäfte nicht tätigen. Auch beim Internationalen Währungsfonds (IWF) ist nach dem „Code of Conduct“ die Nutzung von Insiderinformationen verboten. Die US-Notenbank Fed untersagt den Gebrauch aller Informationen aus Sitzungen des geldpolitischen Ausschusses. Beteiligten von IWF-Mitarbeitern an Geschäftsbanken sind ebenfalls grundsätzlich verboten. Diese Verbote schließen Ehepartner und minderjährige Kinder der Beschäftigten ein.

Im Reglement der SNB steht hingegen in Artikel 3: „An- und Verkauf von Devisen und fremden Noten für private Reisen wie auch für den persönlichen Erwerb von Nichtfinanzvermögen unterliegen keinen Einschränkungen.“ Artikel 6 fordert nur, dass solche Devisenguthaben mindestens sechs Monate

gehalten werden müssen. Nun hat es der Bankrat, das Aufsichtsgremium der SNB, eilig, das umstrittene Reglement zu reformieren. Bis neue Regeln fixiert sind, muss die SNB-Spitze Devisentransaktionen von mehr als 20 000 Franken vorab der Rechtsabteilung melden. Eine schlechte Lösung, meint Professor Kunz von der Universität Bern. „Der Rechtsdienst untersteht dem Notenbank-Präsidenten. Ein Untergebener kann seinen Vorgesetzten aber nicht kontrollieren.“

Kunz sieht das Übel an der Spitze - beim Bankrat. Dort sitzen keine Compliance-Experten, sondern Politiker und Verbandsvertreter. Rolle und Zusammensetzung des Bankrats seien „kritikwürdig“, so Kunz. Erste Politiker fordern bereits den Rücktritt von Bankrats-Präsident Hansueli Raggenbass.

Holger Alich, Christian Vits, Rolf Benders